

UNSER KANDIDAT ZUR BUNDESTAGSWAHL AM 26. SEPTEMBER 2021

ES BRAUCHT NEUE ANTWORTEN AUF DIE FRAGEN DER ZEIT!

Mit 47 Jahren für den Bundestag zu kandidieren, halten manche für zu spät und andere noch für zu früh.

Ich glaube es ist genau jetzt richtig, dass jemand, der in der DDR aufgewachsen ist, sein Abitur in den Wirren der Wendezeit abgelegt hat, nach Niedersachsen gehen musste, damit er einen Job hatte und vor vielen Jahren zurück in seine Heimat gekommen ist, sich 2021 um ihr Vertrauen bewirbt.

Mein Name ist Maik Berger und ich bin der Sohn einer Köchin und eines Schlossers. Ich bin Ortsbürgermeister und stellv. Gemeinderatsvorsitzender im Huy, in verschiedenen Vereinen und Organisationen tätig, 1. Sprecher einer Bürgerinitiative und war 2020 der gemeinsame Landratskandidat von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90 / DIE



GRÜNEN. Als ausgebildeter Groß- und Außenhandelskaufmann bin ich seit fast 30 Jahren im Außendienst tätig.

Ich möchte als Ihr Ansprechpartner in Berlin Ihre Interessen vertreten und Ihr Sprachrohr im Bundestag sein.

Warum sollten Sie einem Sozialdemokraten Ihre Stimme geben?

Die 2020-er Jahre beginnen mit einer Corona-Pandemie, aber sie werden nicht damit enden! Wir werden in den nächsten Monaten zurück zur Normalität kommen, die jedoch eine andere sein wird. Es braucht eine starke Sozialdemokratie, die die Zeichen der Zeit erkennt und für Lösungen sorgen wird, denn die Folgen der Corona-Krise werden uns weiter beschäftigen. Da braucht es eine Partei, die das Soziale, unsere Wirtschaft und den Klimawandel als großes Ganze sieht.

Als ehrenamtlicher Lokalpolitiker sehe ich die Probleme vor Ort und bin eng bei den Bürgerinnen und Bürgern. Ich sehe wohin Kostenminimierungen unsere Bildung, unser Gesundheitssystem, unsere Justiz, unsere Kommunen und die Infrastruktur gebracht haben. Ich sehe die fehlende Angleichung der Löhne und Renten und das Auseinanderdriften von urbanen und ländlichen Räumen. Da sind sozialdemokratische Lösungen gefragt!

Aber auch im Bundestag muss sich etwas ändern. Ein Lobbyregister sollte



endlich transparent umgesetzt und auch Nebeneinkünfte müssen offengelegt werden. Die Abgeordneten sollten zukünftig in die Rentenkasse und auch in eine Bürger-Krankenversicherung einzahlen.

Ich werde mich im Bundestag zu 100% auf die Arbeit als Bundestagsabgeordneter konzentrieren und keine bezahlten Lobbytätigkeiten annehmen. Das bin ich Ihnen und der Region schuldig.

Wenn Sie mit mir ins Gespräch kommen wollen, schreiben Sie mir oder rufen mich an. Ich freue mich auf Ihre Meinungen.

Ihr Maik Berger
Bundestagskandidat

www.maik-berger-spd.de
post@maik-berger-spd.de
Tel. 039428/96969

FORTSETZUNG ELMO

in Stellung. Nachdem gegen 8:15 Uhr bekannt wurde, dass auch der sowjetische Kreiskommandant den Ausnahmezustand verhängt hatte, war an eine Demonstration nicht mehr zu denken. Deshalb beschloss die im Karl-Marx-Haus tagende Versammlung, die Mitgliedsbücher der Elmowerker, die in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) organisiert waren, dem Betrieb zu Verfügung zu stellen, bis der Ausnahmezustand aufgehoben würde. Eine Delegation wurde zur SED-Kreisleitung entsandt, um die Forderungen der Elmowerker dort mit dem Ziel abzugeben, diese nach Berlin zu senden. Als die Delegation um 14 Uhr zurückkehrte und berichtete, dass die SED die im Elmowerk beschlossenen

Punkte modifizieren wollte, fand dies keine Mehrheit. Die Streikenden bestätigten ihre Forderungen und fassten den Beschluss, die Arbeit erst dann aufzunehmen, wenn die DDR-Regierung zurücktrete. Trotz des unkalkulierbaren Risikos war es geplant, den Marsch zur Zonengrenze am 19. Juni durchzuführen. Am 19. Juni 1953 rückten jedoch sowjetische Truppen auf das Betriebsgelände vor und verhafteten sieben Mitglieder der Streikleitung und weitere Elmowerker. Zwar endete damit der Aufstand – doch die Elmowerker blieben auch in der Folgezeit für die kommunistischen Machthaber nicht sehr „pflegeleicht“.

Quelle: Konrad Beitenbrn: Tage zwischn Hoffnung und Angst. Der 17. Juni 1953 im Kreis Wernigerode; Verlag Janos Stekovics; 2013

BÜRGERNACHRICHTEN
DER SPD ORTSVEREIN IM DIALOG

ELMO - DER AUFSTAND AM 17. JUNI 1953

Jede und jeder kennt bestimmt jemanden, der oder die mit dem früheren Elektromotorenwerk (ELMO) Wernigerode etwas zu tun hatte. Daher soll an dieser Stelle an die Geschichte des heutigen VEM motors GmbH erinnert werden – und begonnen wird mit einem Ereignis, das vor 68 Jahren nicht nur die gesamte Stadt erschütterte:

TEIL 1: Der Aufstand am 17. Juni 1953.

Im Kreis Wernigerode streikten am 18. und 19. Juni 1953 über 7.300 Beschäftigte. Über 2.000 waren es allein im Elektromotorenwerk, das erst sechs Jahre vorher, im Jahr 1947 gegründet worden war. Im damaligen Karl-Marx-Haus fand am 18. Juni 1953 eine Versammlung der streikenden Elmowerker statt. Schon am Nachmittag des 17. Juni erfuhr die Volkspolizei, dass am nächsten Tag im Elmowerk die Arbeit niedergelegt werden sollte. Zudem sollte eine Demonstration durch Wernigerode und mit den Arbeitern des Kupferwalzwerkes Ilseburg zur Demarkationslinie im Eckertal veranstaltet werden, um die Grenze zu durchbrechen. Obwohl der sowjetische Militärkommandant für den Bezirk Magdeburg, zu dem auch Wernigerode gehörte, den Ausnahmezustand verhängte, wollten am 18. Juni gegen 7:30 Uhr die Arbeiter demonstrieren. Am Karl-Marx-Haus wurden sie von anderen Elmowerkern aufgefordert, an der dort gerade stattfindenden Belegschaftsversammlung teilzunehmen. Alois Pisman (1911-2004), SED-

Bezirkschef von Magdeburg, hob später einmal hervor, »die Forderung nach Wiedezulassung der SPD habe gerade im Wernigeröder Elektromotorenwerk während des Streiks eine große Rolle gespielt. So sollte die SPD entweder zugelassen oder innerhalb der SED eine SPD-Fraktion aufgestellt werden.«

Am 18. Juni 1953 wurde die achtköpfige Streikleitung des Elektromotorenwerkes gewählt. Auf der Belegschaftsversammlung wurden vornehmlich politische Forderungen formuliert: So sollten es freie Wahlen für ganz Deutschland geben, die Interzonen Grenzen wegfallen und ein Friedensvertrag geschlossen werden. Falls es zu Repressalien gegen die streikende Belegschaft käme, würde der Streik bis zu deren Aufhebung fortgesetzt. Die Freilassung und Rückführung aller Kriegsgefangenen wurde ebenso gefordert, wie die Senkung der HO-Preise um 40% und die Aufhebung des Ausnahmezustandes. Zudem ging es um die Abschaffung der Planwirtschaft, das Einsetzen von frei gewählten Betriebsräten, die Abschaffung der Betriebsparteileitung der SED und die Besetzung der Führungspositionen im Werk durch Fachleute (und nicht mehr durch Parteifunktionäre).

Während der Versammlung gingen vor dem Werk schwer bewaffnete sowjetische Soldaten

weiter auf Seite 4



Liebe Wernigeröderinnen und Wernigeröder,

das Corona-Virus beschäftigt unser Leben seit über einem Jahr. Im ersten Lockdown im Frühjahr 2020 war selbst auf unserem Marktplatz kaum eine Menschenseele mehr zu sehen. Darauf folgte ein wahrer Besucheransturm auf unsere bunte Stadt im Sommer, was sich als Balsam für die heimische Tourismuswirtschaft und Gastronomie erwies.

Nach dem schwierigen Winter und dem stockenden Anlauf der Impfungen können wir optimistisch in die nächsten Monate blicken. Mit jeder Woche wird die Immunität der Bürgerinnen und Bürger größer. Dadurch können die Beschränkungen Stück für Stück abgebaut werden und wir gewinnen die zuvor bekannte Normalität und Freiheit zurück.

Der Weg bis dahin hat von jedem und jeder Einzelnen viel abverlangt. Sorgen um betagte Mitmenschen, die berufliche Existenz oder der Stress durch den Hausunterricht der Kinder haben uns alle bewegt. Jeder Zweig unserer Gesellschaft hat übermenschliches geleistet. Vielen Dank für Ihren Einsatz! Durch die Corona-Krise sind wir alle wieder enger zusammengerückt. Nachbarn erledigten Einkäufe für Mitmenschen aus Risikogruppen oder halfen bei der Kinderbetreuung. Diese Solidarität untereinander sollten wir uns auch für die Zeit nach der Pandemie bewahren.

Bleiben Sie optimistisch.

Ihr Karsten Barner
Vorsitzender der Wernigeröder SPD

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD Ortsverein Wernigerode
Breite Straße 84
38855 Wernigerode

Email: info@spd-wernigerode.de
Vorsitzender des SPD-Ortsvereins:
Karsten Barner
Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion:
Kevin Müller
Redaktion: Karsten Barner, Ralf Matern, Kevin Müller

V.i.S.d.P. Karsten Barner,
SPD-Ortsvereinsvorsitzender

ARMIN WILLINGMANN UND KATJA PÄHLE IM GESPRÄCH MIT SCHWUNG AUS DER KRISE

PROF. DR. ARMIN WILLINGMANN (WIRTSCHAFTSMINISTER UND LANDTAGSKANDIDAT IN WERNIGERODE) UND DR. KATJA PÄHLE (SPITZENKANDIDATIN DER SPD ZUR LANDTAGSWAHL) IM GESPRÄCH:

Sie tragen seit 2016 als Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und als Wirtschaftsminister Verantwortung für unser Land. Auf welche Erfolge sind Sie besonders stolz?

Katja Pähle: Es gibt viele Erfolge auf die ich stolz bin. Wir haben viele Projekte verwirklicht, die für die Menschen wichtig sind. Ich denke da zum Beispiel an die Einführung des Azubi-Tickets, dass es ab Januar dieses Jahres den Auszubildenden ermöglicht für 50 Euro im Monat an sieben Tagen die Woche in ganz Sachsen-Anhalt unterwegs zu sein. Damit haben wir die duale Ausbildung, die so wichtig für unsere mittelständige Wirtschaft ist, attraktiver gemacht. Und ich denke an die Abschaffung

der Straßenausbaubeiträge, die für Grundstückseigentümer eine enorme finanzielle Bedrohung darstellten.

Armin Willingmann: Am Ende dieses Jahres werden wir trotz der Pandemie Investitionen in die Wirtschaft in Höhe von etwa vier Milliarden Euro gefördert haben. Zudem konnten wir durch einen Fokus auf Zukunftstechnologien mehr als 6.000 Arbeitsplätze schaffen. Mit dem neuen Hochschulgesetz haben wir unsere Wissenschaftslandschaft fit für das neue Jahrzehnt gemacht. Nicht zuletzt konnten wir die Quote der Haushalte mit schnellem Internet von 48 % auf mehr als 80 % erhöhen.

Sie beide bilden mit Sozialministerin Petra Grimm-Benne das Spitzenteam der SPD. Welches Ziel haben Sie sich gemeinsam für die Landtagswahl am 06. Juni 2021 gesetzt?

Katja Pähle: Als SPD wollen wir natürlich deutlich stärker im Landtag



Prof. Dr. Armin Willingmann

vertreten sein, aber nicht als Selbstzweck. Bereits zu Beginn der Pandemie haben wir klar gesagt, dass nach Corona der Aufschwung angeschoben werden muss. Wir wollen investieren in unsere Krankenhäuser, in unseren Kommunen und die Digitalisierung unserer Schulen. Im Moment scheitern diese Ideen am zugeknöpften Geldbeutel des Finanzministers und das kann sich nur mit einer starken SPD ändern.

Armin Willingmann: Wir haben bewiesen, dass eine sozialdemokratische Regierungsbeteiligung Sachsen-Anhalt voranbringt. Am 06. Juni wird es aber nicht nur darum gehen, Bilanz ziehen. Wir wollen auf dem Erreichten aufbauen und haben dafür mit unserem Wahlprogramm einen konkreten Plan vorgelegt. Nun wollen wir um eine möglichst breite Unterstützung für diesen Plan werben.

Sachsen-Anhalt hat noch immer den Ruf eines Billiglohlandes. Was wollen Sie tun, um dieses Image abzuschütteln?

Armin Willingmann: Den Ruf des Billiglohlandes hat Sachsen-Anhalt inzwischen zu Unrecht. In der Statistik der Bruttoeinkommen haben wir Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern überholt und liegen nur noch knapp hinter Sachsen. Darauf wollen wir uns aber nicht ausruhen. Ein Schlüssel für gute Löhne ist ein Tariftreue- und Vergabegesetz. Wir wollen öffentliche Aufträge künftig



Dr. Katja Pähle

nur noch an Unternehmen vergeben, die Tariflöhne zahlen. Wenn keine Tarifverträge existieren, soll ein Landesmindestlohn in Höhe von 13,00 € die Untergrenze bilden.

Gerade mit Blick auf den Lehrermangel wird die Bildungspolitik in Sachsen-Anhalt oft kritisiert. Was ist nötig, um in die Schullandschaft unseres Landes wieder mehr Ruhe einkehren zu lassen?

Katja Pähle: Durch Corona mussten wir erleben, dass unsere Schulen für das digitale Lernen nicht gerüstet sind. Ich selbst habe das mit meinen beiden Töchtern im Homeschooling hautnah erlebt. Unsere Schulen brauchen neue Technik, aber vor allem viele neue Lehrerinnen und Lehrer. Wer fertig studiert hat, muss sofort ein attraktives Jobangebot bei uns bekommen. Es kann nicht sein, dass aktuell immer noch Bewerberinnen und Bewerber abgelehnt werden.

Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig eine gute Gesundheitsversorgung ist. Wie können wir sicherstellen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger die notwendige medizinische Versorgung erhält?

Katja Pähle: Wir haben ein gutes System der Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt. Dieses System muss erhalten bleiben. Wer jetzt davon spricht, dass wir zu viele Krankenhäuser haben, hat nichts verstanden. Was wir brauchen ist eine Änderung

LANDTAGSWAHL AM 6. JUNI WÄHLEN GEHEN!

auf Bundesebene für eine bessere Finanzierung der Krankenhäuser im ländlichen Raum mit einer höheren Sockelfinanzierung. Wir stehen für ein starkes System öffentlicher Krankenhäuser und gegen weitere Privatisierungen, denn mit unserer Gesundheit zockt man nicht.

Wie kann Sachsen-Anhalt mit Schwung aus der Krise kommen?

Armin Willingmann: Zuerst muss es unser Ziel sein, die Unternehmen bestmöglich zu unterstützen, solange sie vom Lockdown betroffen sind. Mit dem Ende des Lockdowns wollen wir den Unternehmen unseres Landes weiter umfangreiche Förderprogramme anbieten. Es wäre falsch, beim Neustart auf staatliche Unterstützung zu verzichten. Wir wollen ja schnellstmöglich an den Aufschwung vor der Zeit vor Corona anknüpfen.

Der Harz ist ein wichtiger Motor unseres Landes. Entwickelt sich der Harz gut, profitiert davon auch der Rest des Landes davon. Wo sehen Sie den Harz im Jahr 2026?

Armin Willingmann: Die Weichen im Harz sind gestellt. Diese Grundlagen müssen wir nutzen, indem wir unsere Wirtschaft zukunftsfest aufstellen, unsere Hochschule zum Magneten für junge Menschen machen und unsere touristische Infrastruktur weiter ausbauen. Davon profitiert Wernigerode und damit am Ende auch der ganze Harz.

Katja Pähle: Ich sehe den Harz im Jahr 2026 als ein gelungenes Beispiel, wie man wirtschaftliche Entwicklung, einen nachhaltigen Tourismus und den Erhalt eines unvergleichbaren Naturschatzes miteinander verbinden kann.

VITA ARMIN WILLINGMANN

- verheiratet, zwei Kinder
- geboren im Januar 1963 in Dinslaken
- von 1982 bis 1990 Studium der Rechtswissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Geschichte an den Universitäten in Mainz, München und Köln
- 1994 Abschluss des Zweiten juristischen Staatsexamens
- von 1994 bis 1999 Rechtsassessor in einer Anwaltskanzlei und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Rostock
- im Jahr 1999 Berufung zum Professor für Deutsches, Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht an der Hochschule Harz
- von 2003 bis Mai 2016 Rektor der Hochschule Harz
- von 2008 bis 2016 Präsident der Landesrektorenkonferenz Sachsen-Anhalt
- seit 2008 Mitglied der SPD
- seit 2009 Mitglied der SPD-Fraktion im Stadtrat von Wernigerode
- im Mai 2016 Ernennung zum Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt
- seit November 2016 Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt
- im Jahr 2019 Wahl zum „Wissenschaftsminister des Jahres“ durch den Deutschen Hochschulverband (DHV)
- von 2005 bis 2014 Präsident des Wernigeröder Sportvereins „Rot-Weiß“ 1949 e.V.
- seit 2002 stv. Vorsitzender der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt



Mehr Informationen zur Landtagswahl auf www.spd-sachsen-anhalt.de